

KONZERN- VERANTWORTUNG

**Infoblatt für Parlamentarier:innen
Frühjahrssession 2026**

INTERNATIONAL/SCHWEIZ

- Finaler CSDDD-Text in der EU, baldige Vernehmlassung in der Schweiz
- Mittagsveranstaltung zur europäischen Konzernverantwortungsrichtlinie (CSDDD) am 18. März

HANDLUNGSBEDARF

- Über 110'000 Unterschriften gegen Ausbeutung der Tiefsee an Glencore übergeben
- Trafiguras Geschäft mit hochtoxischem Recycling-Blei aus Nigeria
- Kinderarbeit und sklavenähnliche Bedingungen bei Barry Callebaut



Finaler CSDDD-Text in der EU, baldige Vernehmlassung in der Schweiz

Nachdem am 16. Dezember 2025 bereits das EU-Parlament das «Omnibus-Paket» definitiv verabschiedete, folgte am 24. Februar 2026 auch der EU-Ministerrat dem Entscheid. Damit ist klar, dass alle EU-Staaten bis 2028 Sorgfaltspflichten zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards für grosse Konzerne einführen müssen. Durchgesetzt werden die Pflichten durch nationale Aufsichtsstellen, die bei Verstössen hohe Bussen aussprechen können. Betroffene von Menschenrechtsverletzungen sollen zudem künftig im Sitzstaat des verantwortlichen Konzerns Schadenersatz fordern können.

Rohstoffsektor in der Schweiz im Fokus

Die grosse inhaltliche Änderung, welche die EU im Rahmen des «Omnibus-Pakets» an der Sorgfaltspflichtenrichtlinie CSDDD vornahm, ist die Erhöhung der Schwellenwerte. So müssen sich in der EU nur grosse Konzerne mit über 5'000 Mitarbeitenden und einem Umsatz von über 1,5 Milliarden Euro an die Regeln halten.

Die Konzernverantwortungsinitiative sieht vor, dass sich die Schweiz grundsätzlich an den Schwellenwerten der EU orientiert. Im Rohstoffsektor trägt die Schweiz jedoch eine besondere Verantwortung. Deshalb müssen in diesem Bereich Schwellenwerte zur Anwendung kommen, die sicherstellen, dass dieser Hochrisikosektor problematische Geschäfte nicht länger unbehelligt über die Schweiz abwickeln kann.

Beispiele dafür sind die berühmte Goldindustrie, die Gold aus Problem-Minen verarbeitet, der Agrarkonzern Socfin, um dessen Plantagen es zu sexueller Ausbeutung von Frauen kommt, oder der Genfer Rohstoffhändler IXM, der eine gigantische Arsenverschmutzung in Namibia mitverantwortet.

Vernehmlassung in der Schweiz Ende März

Die Schweiz ist heute im Bereich Konzernverantwortung im Rückstand. Dies ist problematisch, weil regelmässig neue Fälle von Menschenrechtsverletzungen und Umwelterstörung ans Tageslicht kommen, bei denen Konzerne mit Sitz in der Schweiz involviert sind (vgl. Rubrik «Handlungsbedarf» im aktuellen Infoblatt).

Der Bundesrat hat angekündigt, Ende März die Vernehmlassung über einen Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative zu starten. Die Koalition für Konzernverantwortung wird diese Vernehmlassung kritisch begleiten und darauf bestehen, dass die Schweiz beim Thema Konzernverantwortung wirklich «international abgestimmt» vorgeht, wie es der Bundesrat im Abstimmungskampf zur ersten Konzernverantwortungsinitiative versprochen hatte.



Mehr Informationen:

Mittagsveranstaltung zur europäischen Konzernverantwortungsrichtlinie (CSDDD)

Mittwoch, 18. März 2026

13:15–14:45 Uhr

mit Mittagessen
Kongresszentrum Kreuz, Saal Bovet
Zeughausgasse 41, 3011 Bern

Anlässlich des Omnibus-Entscheids in der EU sowie des kommenden Vorschlags des Bundesrats für ein Schweizer Konzernverantwortungsgesetz organisiert das Initiativkomitee der Konzernverantwortungsinitiative einen Informationsanlass während der Frühjahrssession.

Die Sorgfaltspflichtenrichtlinie der EU (CSDDD) wurde 2025 in der EU im Rahmen der Omnibus-Diskussion überarbeitet und am 24. Februar dieses Jahres final verabschiedet. Der Bundesrat hat angekündigt, einen indirekten Gegenvorschlag zur neuen Konzernverantwortungsinitiative auszuarbeiten, der sich an der EU-Vorlage orientiert. Vor dem Hintergrund der bald startenden Vernehmlassung soll der Anlass dazu dienen, gemeinsam mit nationalen und internationalen Gästen die aktuellen Entwicklungen einzuordnen und zu diskutieren.

Wir freuen uns über Ihre Anmeldung:

event@konzernverantwortung.ch

Für die Diskussion dürfen wir folgende Gäste aus Verwaltung und Wissenschaft begrüssen:



Dr. Ralf Sauer
Co-Lead der EU-Kommission in den inhaltlichen Verhandlungen zur CSDDD, Stv. Leiter der Abteilung für Gesellschaftsrecht, Directorate-General for Justice and Consumers (DG JUST)



Prof. Dr. iur. Christine Kaufmann
Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht an der Universität Zürich und 2019–2025 Vorsitzende der OECD Working Party on Responsible Business Conduct



An Veranstaltungen in der ganzen Schweiz werden zurzeit zwei Dokumentarfilme gezeigt, die sich mit dem Thema Konzernverantwortung auseinandersetzen.

Nachdem die Dokumentarfilme bereits in der Vergangenheit an unzähligen Vorführungen in der ganzen Schweiz gezeigt werden konnten, erweist sich auch die Veranstaltungsreihe im Winter 2025/26 als grosser Erfolg. In den letzten Wochen konnten rund 85 Events in der ganzen Schweiz durchgeführt werden, weitere 65 folgen bis Ende April. Tausende Bürger:innen informieren sich an den Veranstaltungen

über die Konzernverantwortungsinitiative und beteiligen sich an den Diskussionen nach den Filmvorführungen. Möglich ist das nur durch den riesigen freiwilligen Einsatz von hunderten Engagierten aus der ganzen Schweiz, die mithelfen, die Veranstaltungen zu organisieren und durchzuführen.

«Deep Rising» beschäftigt sich damit, wie multinationale Konzerne aktuell dafür lobbyieren, bald auch am Meeresgrund wertvolle Metalle abbauen zu können – trotz dramatischen Auswirkungen auf ein einzigartiges Ökosystem.

«Macht und Ohnmacht – Wenn Schweizer Konzerne Leben zerstören» zeigt, wie sich indigene Gemeinschaften in Peru und Borneo gegen aus der Schweiz gesteuerte Minen und für ihre Rechte einsetzen.

Vorführung in Ihrer Nähe finden:





Über 110'000 Unterschriften gegen Ausbeutung der Tiefsee an Glencore übergeben

Obwohl die Tiefsee unter internationalem Recht der gesamten Staatengemeinschaft gehört und nicht einem einzelnen Staat, treibt US-Präsident Donald Trump den kommerziellen Tiefseebergbau politisch voran. Bereits im April 2025 unterzeichnete er ein Dekret, das den Abbau von Rohstoffen in US-Gewässern sowie in internationalen Gewässern im Pazifik ermöglichen soll.

Im Januar 2026 folgten neue Ausführungsregeln: Sie erleichtern die Lizenzierung von Unternehmen und beschleunigen die Genehmigungsverfahren. Ziel ist es, insbesondere US-Firmen einen raschen Zugang zu Ressourcen am Meeresboden zu verschaffen – auch in internationalen Gewässern. Kritiker:innen warnen, dies könne einen von den USA angeführten Wettlauf um Rohstoffe auslösen – noch bevor internationale Standards für die neuen Abbautechniken festgelegt sind.

Als erstes Unternehmen beantragte die kanadische The Metals Company (TMC) eine Lizenz in den USA: Sie möchte auf einem 65'000 Quadratkilometer grossen Gebiet im Pazifik Metalle abbauen. Die potenziellen Risiken für Biodiversität und Klima gelten als erheblich. In der Tiefsee leben nämlich zehntausende Pflanzen- und Tierarten wie der Pottwal, deren Lebensraum durch den Abbau in der Tiefe gefährdet ist.

Die Schweiz hatte sich 2023 gemeinsam mit Staaten wie Deutschland, Frankreich, Chile, Kanada und vielen weiteren für ein Moratorium des kommerziellen Tiefseebergbaus ausgesprochen. Doch verschiedene Schweizer Konzerne scheinen sich nicht für die internationalen Regeln zu interessieren, da sie den kommerziellen Tiefseebergbau mit Technologie vorantreiben oder Verträge abgeschlossen haben, um davon zu profitieren.

Allseas mit Sitz in Châtel-St-Denis (FR) hält 14 Prozent der Aktien an TMC und stellt das Spezialschiff für den geplanten Abbau. Auch der Konzern Transocean mit Sitz in Steinhausen (ZG), einer der weltweit grössten Offshore-Bohrkonzerne, ist über Beteiligungen in Tiefseebergbau-Projekte involviert und bereitet entsprechende Infrastruktur für einen möglichen kommerziellen Einsatz vor. Der Zuger Rohstoffkonzern Glencore hat vertraglich vereinbart, einen Teil der geförderten Rohstoffe von TMC abzunehmen.

Eine Petition der Koalition für Konzernverantwortung mit der Forderung, Glencore solle diesen Abnahmevertrag kündigen und sich nicht am Tiefseebergbau beteiligen, wurde von über 110'000 Personen unterzeichnet und am 19. Februar in Baar an Glencore überreicht.



© Finbarr O'Reilly/The New York Times/Redux/laif

Trafiguras Geschäft mit hochtoxischem Recycling-Blei aus Nigeria

Recyceltes Blei gilt als wichtiger Bestandteil der Nachhaltigkeitsstrategie der Autoindustrie. Eine gemeinsame Recherche der *New York Times* und des Investigativportals *The Examination* zeigt jedoch gravierende Probleme im nigerianischen Ogijo nahe Lagos, einem Zentrum des Bleirecyclings. Dort werden alte Autobatterien eingeschmolzen – häufig unter miserablen Umwelt- und Arbeitsschutzbedingungen. Beim Schmelzprozess werden toxische Blei-Emissionen in der ganzen Umgebung verteilt.

Bei Bluttests wiesen im Schnitt sieben von zehn untersuchten Bewohner:innen erhöhte Bleiwerte auf. Mehr als die Hälfte der getesteten Kinder erreichte Werte, die mit einem Risiko für dauerhafte Hirnschäden verbunden sind. Auch bei allen getesteten Fabrikarbeitern wurde eine Bleivergiftung festgestellt. Bewohner:innen berichten von typischen Symptomen wie anhaltenden Kopfschmerzen, Bauchschmerzen, Krampfanfällen sowie Lern- und Entwicklungsverzögerungen bei Kindern. Bodenproben in der Nähe einer Schule zeigten eine starke Kontamination.

Der Schweizer Rohstoffhändler Trafigura bezog in den vergangenen Jahren recyceltes Blei von mehreren nigerianischen Schmelzereien in Ogijo, darunter True Metals – gemäss der Recherche eine der grössten und schmutzigsten Fabriken in der Region. Über internationale Handelsketten gelangte das Metall unter anderem an Batteriehersteller in den USA, die grosse Autobauer wie Tesla und General Motors beliefern.

Trafigura betont, geltende Vorschriften einzuhalten und mit Behörden sowie externen Expert:innen zusammenzuarbeiten. Doch laut Beteiligten in Nigeria werden Audits vor Ort häufig im Voraus angekündigt, Empfehlungen nur teilweise umgesetzt, und ernsthafte Sanktionen drohen kaum. Der Fall zeigt einmal mehr, weshalb es die Konzernverantwortungsinitiative braucht.

Mehr Informationen:





© Pablo Merchan Montes / Unsplash

Kinderarbeit und sklavenähnliche Bedingungen bei Barry Callebaut

Wie der *Tages-Anzeiger* Ende Januar berichtete, soll Kakao von brasilianischen Farmen, auf denen teilweise sklavenähnliche Arbeitsbedingungen und Kinderarbeit an der Tagesordnung waren, zum Schweizer Schokoladenkonzern Barry Callebaut gelangt sein. Auf einer Farm im Bundesstaat Pará befreiten Behörden 2017 neun Personen, darunter Kinder, aus ausbeuterischen Verhältnissen. Laut Inspektionsbericht lebten sie in prekären Unterkünften ohne sauberes Trinkwasser, die als «schweres Gesundheitsrisiko» eingestuft wurden, erhielten kaum Lohn und durften ihre Kakaobohnen nur an vorgegebene Abnehmer verkaufen.

soll Kakao über Zwischenhändler bezogen haben, die von jener Farm beliefert wurden. Die brasilianischen Behörden werfen ihr vor, damit indirekt von Arbeitsbedingungen profitiert zu haben, die sie als «typisch für moderne Sklaverei» bezeichnen. Derzeit beschäftigt sich auch die brasilianische Justiz mit dem Fall.

Im Zentrum des Skandals steht eine brasilianische Tochtergesellschaft des Konzerns mit Sitz in Zürich: Sie

Barry Callebaut gilt als weltweit führender Hersteller von Schokolade- und Kakaoprodukten und beliefert zahlreiche internationale Marken der Lebensmittelindustrie.

Mehr Informationen:



IMPRESSUM
Dieses Infoblatt wird von der Koalition für Konzernverantwortung publiziert und informiert über aktuelle Entwicklungen im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte. Die Koalition für Konzernverantwortung vereint über 100 Menschenrechts- und Umweltorganisationen sowie Entwicklungsorganisationen.

KOALITION FÜR KONZERNVERANTWORTUNG
Monbijoustrasse 31, Postfach, 3001 Bern
031 390 93 36 / info@konzernverantwortung.ch
www.konzernverantwortung.ch

